

Die Transformation des Konflikts in Sri Lanka

Das Ende des Waffenstillstands und der Niedergang der LTTE

Christian Wagner

Mit der Aufkündigung des Waffenstillstands zum 16. Januar 2008 hat die Regierung Sri Lankas die Zeichen auf eine militärische Lösung des langwierigen Konflikts mit den Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) gesetzt. Damit sind auch die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um eine friedliche Vermittlung gescheitert. Die jüngsten Vorschläge der Regierung zielen darauf ab, die LTTE politisch zu marginalisieren. Der Bürgerkrieg könnte nun seine internationale Dimension verlieren und sich in einen lokalen Konflikt wandeln. In den nächsten Monaten ist mit einer Eskalation des Bürgerkriegs zu rechnen, mit der die Regierung eine militärische Lösung erzwingen und die LTTE eine erneute Einnischung der internationalen Gemeinschaft erreichen will.

Die seit über zwanzig Jahren andauernden militärischen Auseinandersetzungen zwischen der srilankischen Regierung und der LTTE, denen ein Streit um die politische und kulturelle Autonomie der tamilischen Minderheit zugrunde liegt, haben bis heute vermutlich mehr als 75 000 Menschen das Leben gekostet. Nationale Vereinbarungen sind bislang ebenso gescheitert wie internationale Vermittlungsbemühungen etwa Indiens Ende der achtziger Jahre oder Norwegens seit 2000. Im Februar 2002 unterzeichneten die Regierung und die LTTE ein Waffenstillstandsabkommen, dessen Einhaltung von der Sri Lanka Monitoring Mission (SLMM) unter Führung der skandinavischen Staaten überwacht wurde. Im Juni 2003 verpflichtete

sich die internationale Gemeinschaft auf der Konferenz in Tokio, mehrere Milliarden US-Dollar Hilfe für Fortschritte im Friedensprozess bereitzustellen. In diesem Kontext etablierte sich die Gruppe der Co-Chairs, zu denen neben Norwegen auch die USA, die EU und Japan zählten. Mit der Kündigung des Waffenstillstands ist auch diese internationale Vermittlungsinitiative an ihr Ende gekommen.

Militärische Schwächung der LTTE

Die LTTE galt lange Zeit als eine der weltweit erfolgreichsten Guerillagruppen, die über eine eigene Marine, eine kleine Luftflotte, Frauenverbände und Selbstmordattentäter verfügt. Sie finanziert ihren mili-

tärischen Kampf durch illegale Geschäfte, aber auch durch freiwillige und erzwungene Spenden der tamilischen Diaspora. Als die Armee 2007 die lange Zeit umkämpfte Ostprovinz unter ihre Kontrolle brachte, wurde erstmals die militärische Schwäche der LTTE deutlich. Die wichtigste Ursache hierfür war die Abspaltung von V. Muralitharan, genannt »Karuna«, eines erfolgreichen militärischen Führers, der sich im März 2004 von der LTTE lossagte. Seine Forderung nach größerer Mitsprache in den Friedensgesprächen für die Tamilen der Ostprovinz hatte die LTTE-Führung abgelehnt, die vor allem die Tamilen der Nordprovinz repräsentiert. Im Unterschied zu vorangegangenen Rebellionen, die von der LTTE gewaltsam niedergeschlagen worden waren, konnte sich die Karuna-Gruppe jedoch behaupten. Die Regierung bestritt zwar jede Zusammenarbeit, doch dürften die Sicherheitskräfte die Spaltung der LTTE ausgenutzt und Karuna im Kampf gegen die LTTE unterstützt haben. Zudem hat die Armee in den letzten Jahren militärisch weiter aufgerüstet und versucht seit einiger Zeit, mit gezielten Luftangriffen LTTE-Führer Prabhakaran auszuschalten. Durch Kommandounternehmen gelang es ihr, militärische Führer der LTTE in deren Gebiet zu attackieren. Im Januar 2008 wurde bei einer solchen Attacke der Geheimdienstchef der LTTE getötet. Vermutlich hat der Tsunami im Dezember 2004 auch die Marineeinheiten der LTTE getroffen und ihre Nachschubversorgung beeinträchtigt. Dies könnte erklären, warum die LTTE bislang keine nennenswerten Gegenangriffe unternommen hat. Selbst spektakuläre Aktionen wie der Luftangriff auf den Flughafen von Anuradhapura im Oktober 2007 konnten das Vordringen der Streitkräfte nicht stoppen.

Dies hat die Regierung darin bestärkt, eine militärische Lösung des Konflikts zu forcieren. Präsident Mahinda Rajapakse hat im Dezember 2007 deutlich gemacht, dass er militärische Erfolge als Voraussetzung für eine stärkere Verhandlungsposition ansieht. Meinungsumfragen im Dezember

2007 zeigten, dass mittlerweile eine Mehrheit der Singhalesen eine militärische Lösung des Konflikts befürwortet. Armeechef Sarath Fonseka kündigte im Januar 2008 an, dass er den Krieg bis zu seinem Ausscheiden Ende des Jahres beenden wolle. Die formelle Kündigung des Waffenstillstands durch die Regierung Mitte Januar 2008 war somit ein folgerichtiger Schritt. Angesichts der militärischen Schwächung versucht die LTTE offensichtlich, die Auseinandersetzungen durch Angriffe auf zivile Ziele in den singhalesischen Süden des Landes zu tragen. Damit erhöht sich die Gefahr, dass die Singhalesen auf solche Attacken mit Pogromen gegen die ansässige tamilische Bevölkerung reagieren, wie dies schon einmal 1983 in Colombo der Fall war. Dies dürfte von der LTTE in Kauf genommen werden, um den Konflikt wieder in die Weltöffentlichkeit zu bringen und eine erneute Intervention der internationalen Gemeinschaft zu fördern.

Die drohende politische Marginalisierung der LTTE

Mit dem Verlust der Ostprovinz hat die LTTE nicht nur militärisch, sondern auch politisch eine schwere Niederlage erlitten. Ihre letzten Gespräche mit der Regierung im Frühjahr 2006 blieben ohne konkretes Ergebnis. Seit Juni 2006 beriet die All Parties Representative Conference (APRC), an der auch kleinere muslimische und tamilische Parteien beteiligt waren, über neue Vorschläge zur Beilegung des Konflikts. Aufgrund politischer Differenzen hatten sich die United National Party (UNP), die größte singhalesische Oppositionspartei, und die Abgeordneten der buddhistisch-nationalistischen Janatha Vimukthi Peramuna (JVP) aus dem Gremium zurückgezogen. Im Oktober 2006 hatte das Oberste Gericht erklärt, die seit 1988 geltende vorübergehende Zusammenlegung der Nord- und Ostprovinz sei verfassungswidrig. Die Zusammenlegung war nach dem indo-srilankischen Vertrag 1987 erfolgt und galt als Zugeständnis an die LTTE,

die größere Autonomie für die tamilischen Siedlungsgebiete fordert. Das Oberste Gericht argumentierte, dass nicht der Präsident, sondern einzig das Parlament diese Zusammenlegung hätte beschließen können, und gab damit einer Klage von drei Abgeordneten der JVP statt, die den indisch-srilankischen Vertrag und Zugeständnisse an die Tamilen von Beginn an bekämpft hatten.

Diese Entwicklung im Süden und die militärischen Erfolge im Osten eröffneten der Regierung neue politische Möglichkeiten. Mit der Kündigung des Waffenstillstandsabkommens am 16. Januar 2008 widerrief die Regierung zugleich die politische Vorherrschaft der LTTE, der in dem Abkommen die Kontrolle über tamilische Distrikte zugestanden worden war. Mit ihren nachfolgenden Vorschlägen am 23. Januar hat die Regierung erkennen lassen, dass sie eine »kleine« Lösung des Konflikts bevorzugt, eine Zusammenarbeit mit kleineren tamilischen Parteien also, nicht aber mit der LTTE. Eine »große« Lösung in Form direkter Verhandlungen mit der LTTE scheint gegenwärtig nicht vorgesehen, obwohl letztere dazu ihre Bereitschaft signalisiert hat. Die Vorschläge der APRC vom Januar 2008 orientierten sich am 13. Verfassungszusatz, der ebenfalls im Gefolge des indisch-srilankischen Vertrags eingeführt worden war. Demnach sollen unter anderem die Provinzen die Grundlage für regionale Autonomie sein, denen wie in Indien ein von der Zentralregierung ernannter Gouverneur vorsteht. Durch den wieder eingeführten Senat als zweiter Kammer sollen die Provinzen ihre Interessen auf Bundesebene vertreten können.

Angesichts der zurückgewonnenen Kontrolle der Regierung über die Ostprovinz schlug die APRC möglichst rasche Provinzwahlen vor. Die Karuna-Gruppe hat mit der Tamil Eelam Makkal Viduthalai Pulikal (TMVP) mittlerweile eine eigene politische Partei gegründet. Hinzu kommen eine Reihe kleinerer Parteien, die aus früheren Guerillagruppen hervorgegangen und mit

der LTTE verfeindet sind. Insofern könnten nunmehr demokratisch legitimierte und politisch gemäßigte tamilische Parteien in der Ostprovinz die Landesregierung übernehmen bzw. daran beteiligt werden, die eine Alternative zur LTTE bieten. Die 22 Abgeordneten der Tamil National Alliance (TNA) – zum Teil altgediente tamilische Politiker – sind zwar von der LTTE geduldet, können jedoch politisch nicht unabhängig von ihr agieren. Der LTTE ist selbst von tamilischen Oppositionellen immer wieder vorgeworfen worden, dass sie demokratisch nicht legitimiert sei und politische Gegner unter den Tamilen rücksichtslos aus dem Weg geräumt habe.

Die Umsetzung der »kleinen« Lösung mit den kleineren politischen Parteien wäre eine schwere politische und ideologische Niederlage für die LTTE. Sie würde damit ihren immer wieder proklamierten und mit Gewalt durchgesetzten Anspruch verlieren, die einzige politische Vertretung der Tamilen zu sein.

Die Rolle der internationalen Gemeinschaft

Mit dem Ende des Waffenstillstandsabkommens Anfang 2008 stellte auch die Monitoring Mission SLMM ihre Arbeit ein. Die Vermittlungsbemühungen der internationalen Gemeinschaft waren in den letzten Jahren immer wieder an Grenzen gestoßen, die sowohl von der LTTE als auch von der demokratisch gewählten Regierung in Colombo gesetzt wurden.

Im Mai 2006 stufte die EU die LTTE als terroristische Gruppierung ein. Daraufhin forderte die LTTE die EU dazu auf, ihre Mitglieder aus der SLMM abzuziehen. Nachdem die Vertreter Schwedens, Dänemarks und Finnlands die SLMM verlassen hatten, blieben von den einst ca. sechzig Kontrollleuten nur noch ca. zwanzig aus Norwegen und Island übrig. Mit einer so kleinen Gruppe war eine sinnvolle Überwachung des Waffenstillstands nicht mehr möglich. Aber auch zuvor konnte die SLMM nur die Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkom-

men dokumentieren, ohne dass sich daraus weiterreichende Möglichkeiten einer Intervention ergaben. Bis November 2006 verzeichnete die SLMM 3086 Verstöße der LTTE und 345 Verstöße der Regierung.

Auch gegenüber der gewählten Regierung in Colombo blieben die Interventionsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft begrenzt. Bei den letzten Parlamentswahlen 2004 hatten buddhistisch-nationalistische Parteien wie die Jathika Hela Urumaya (JHU) mit neun Abgeordneten sowie ca. 40 Parlamentarier der JVP als Teil der 105 Abgeordnete umfassenden regierenden United People's Freedom Alliance (UPFA) den Einzug ins Parlament geschafft. Gruppierungen dieser Art hatten schon in den fünfziger und sechziger Jahren gegen föderale Zugeständnisse opponiert und die Umsetzung der Vereinbarungen zwischen Regierung und tamilischen Parteien verhindert. Die JVP hatte als Reaktion auf den indo-srilankischen Vertrag 1987 einen Bürgerkrieg im singhalesischen Süden entfacht, dem bis 1989 mehrere tausend Menschen zum Opfer fielen. Die Vermittlung Norwegens, das ein Ende dieses Krieges herbeizuführen versuchte, wurde Teil des Parteienstreits und Wahlkampfthema. Slogans wie »Sri Lanka ist eine Kolonie Norwegens« und Proteste nationalistischer Mönchsgruppen erzeugten ein Klima des Misstrauens gegenüber den ausländischen Vermittlungsanstrengungen und der auf Befriedung abzielenden Arbeit nationaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen. Zugleich verschlechterte sich mit der Eskalation der Kämpfe auch die innenpolitische Situation im Süden des Landes. Die Zahl der Menschenrechtsverletzungen nahm zu, Klagen gegen die Einschränkung der Pressefreiheit mehrten sich. International steht die Regierung zudem unter Druck, da die Ermordung von 15 Mitarbeitern einer französischen Hilfsorganisation im August 2006 durch eine internationale Untersuchungskommission nur schleppend vorankommt.

Das Ende der LTTE?

Sollte die Regierung mit ihrer »kleinen« Lösung Erfolg haben, könnte der Konflikt seine internationale Dimension einbüßen und zu einer lokalen Auseinandersetzung werden. Die LTTE würde nur noch einige Gebiete im Norden kontrollieren. Ob die kleinen tamilischen Parteien aber größere Erfolge im Ringen um mehr Autonomie erzielen, darf angesichts der politischen Widerstände im Süden bezweifelt werden. Unklar ist auch, ob die Armee ihre Erfolgsserie auch im Norden fortsetzen kann. Die Nordprovinz ist das Kernland der LTTE. Hier dürften die militärischen Auseinandersetzungen in den nächsten Monaten deutlich intensiver werden und höhere Verluste auf beiden Seiten zur Folge haben.

Einige Anzeichen sprechen dafür, dass sich die LTTE selbst besiegt bzw. militärisch und politisch ins Abseits manövriert hat. Maßgebend war erstens die Abspaltung Karunas 2004 sowie zweitens der Aufruf der LTTE zum Boykott der Präsidentenwahl im November 2005. Damit konnte Mahinda Rajapakse (Sri Lanka Freedom Party, SLFP), der bereits im Wahlkampf nationalistische Töne anschlug, einen knappen Sieg vor seinem Widersacher Ranil Wickremesinghe (UNP) erringen. Drittens hat es die LTTE-Führung versäumt, ihre einstige militärische Stärke in politische Erfolge umzumünzen. Aufgrund der Entwicklungen der letzten Monate droht ihr nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische und ideologische Niederlage. Sie wird mit einer Ausweitung der Kämpfe reagieren, um die internationale Gemeinschaft erneut zum Eingreifen zu bewegen. Dagegen ist die Regierung gegenwärtig nicht an einer ausländischen Intervention interessiert und wird an ihrer politischen und militärischen Strategie festhalten. Die internationale Gemeinschaft sollte sich deshalb bei ihrer nächsten Intervention bewusst sein, welcher der Konfliktparteien sie damit entgegenkommt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364